

Weniger Radioaktivität in die Elbe

Brunsbüttel (Ino) Beim Abriss des stillgelegten Atomkraftwerks Brunsbüttel soll deutlich weniger Radioaktivität in die Elbe gelangen als zulässig und als zunächst genehmigt. Nach Angaben des Umweltministeriums hat sich das Atomkraftwerk mit Umweltverbänden und Bürgerinitiativen auf eine signifikante Senkung geeinigt. Das Ministerium habe moderiert. Die Einigung sehe eine Verringerung auf 2,7 Prozent des atomrechtlich genehmigten Ableitungswertes vor. „Das ist eine gute und tragfähige Lösung“, sagte Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne). Die Möglichkeit, radioaktive Abwässer in die Elbe einzuleiten, werde deutlich reduziert. „Das wird zu einem positiven und möglichst reibungslosen Verlauf von Stilllegung und Abbau des Kernkraftwerks Brunsbüttel beitragen.“ Albrecht zeigte sich überzeugt, dass Vereinbarungen wie diese Vertrauen und Akzeptanz der Bevölkerung stärken. Nach Erteilung der Stilllegungsgenehmigung für das Atomkraftwerk und im Zuge des wasserrechtlichen Verfahrens zur Einleitungserlaubnis war zuvor in Schleswig-Holstein und Niedersachsen massive Kritik aufgekommen. Der Grund: Der Wert für die zulässigen Ableitungen radioaktiver Stoffe mit dem Wasser war gegenüber dem Leistungsbetrieb nicht gesenkt worden. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) begrüßte das nunmehr erzielte Ergebnis. Andernfalls hätte ein aufwendiger Rechtsstreit gedroht, hieß es. Es sei ein wesentlich höheres Maß an Sicherheit für die Bevölkerung an der Elbe erreicht worden.